

MOTION VON MARTIN B. LEHMANN

BETREFFEND SENKUNG DES STIMMRECHTSALTERS AUF 16 JAHRE

VOM 7. MAI 2007

Kantonsrat Martin B. Lehmann, Unterägeri, hat am 7. Mai 2007 folgende **Motion** eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat folgende Änderung von § 27 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1) zu unterbreiten: Das Alter für das Recht, zu stimmen und zu wählen (aktives Stimmrecht), wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Begründung:

Nach dem heutigen fortschrittlichen Entscheid der Glarner Landsgemeinde, das aktive Stimmrechtsalter im Kanton Glarus auf 16 Jahre zu senken, kann und darf der Kanton Zug nicht abseits stehen.

Das Stimmrecht ist ein demokratisches Grundrecht. Es ermöglicht der Bevölkerung über politische Fragen und damit auch über die eigene Zukunft mitzubestimmen. Grundsätzlich ist das Stimmrecht jeder Person zuzugestehen, welche die Kriterien der "politischen Reife" erfüllt. "Politische Reife" wird als die Fähigkeit verstanden, die eigenen materiellen und ideellen Interessen im Rahmen der Gesellschaft zu erkennen und zu artikulieren. Der gesellschaftliche Alltag aber auch die Psychologie bescheinigen, dass Jugendliche im Alter von 16 Jahren diese Kriterien grundsätzlich erfüllen.

Mit 16 Jahren hat ein/e Jugendliche/r in der Regel die obligatorische Schulzeit abgeschlossen und steht vor der Berufslehre oder einer weiterführenden Schule. Die Jugendlichen müssen bei der zu diesem Zeitpunkt fälligen Wahl eines Berufes schon ein hohes Mass an Selbstverantwortung beweisen. Auch die Wirtschaft behandelt Jugendliche in diesem Alter durchwegs als mündige Käuferinnen und Käufer. Schliesslich werden Jugendliche auch in Glaubens- und Religionsfragen als volljährig betrachtet. Der gesellschaftliche Alltag der Jugendlichen zeigt also deutlich, dass 16-Jährige fähig sind, eigene Interessen zu verfolgen und für sich und ihr Umfeld Verantwortung zu übernehmen.

Eine Senkung des aktiven Stimmrechtsalters auf 16 Jahre würde dieser veränderten Alltagswirklichkeit Rechnung tragen. Vor allem aber würde es den Jugendlichen erlauben, bei politischen Entscheidungen, von denen sie direkt betroffen sind, mitzubestimmen und damit die eigene Zukunft auch aktiv zu gestalten. Die Möglichkeit der aktiven Partizipation der Jugendlichen trägt dazu bei, dass diese sich wieder vermehrt für politische Belange interessieren und auch bereit sind, Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu übernehmen. Solches politisches Interesse und Engagement sind wiederum weitere Grundpfeiler unserer Demokratie.
